

Wofür wir stehen

Der **VCI Hessen** vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen seiner 250 Mitgliedsfirmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Diese setzten im Jahr 2019 in Hessen 27,9 Milliarden Euro um und beschäftigten an ihren hessischen Standorten rund 61.000 Mitarbeiter. Die chemisch-pharmazeutische Industrie stellt nicht nur den umsatz- und exportstärksten Wirtschaftszweig Hessens dar, sondern ist auch der größte industrielle Arbeitgeber im Land.¹

Wir stehen für:

- ✓ Die Bereitstellung von **systemrelevanten Produkten und Dienstleistungen** z.B. von Arzneimitteln, Impfstoffen, Medizinprodukten oder auch Desinfektionsmitteln. Unsere Branche produziert lebenswichtige Güter, die insbesondere in der aktuellen Corona-Krise den Gesundheitssektor im speziellen und die Gesellschaft allgemein massiv unterstützen.
- ✓ Die **Erarbeitung eines „#Sustainable Deal“**, der über die Pläne der EU-Kommission zum „Green Deal“ hinausgeht und eine Ausgewogenheit schafft zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Der Gesetzgeber sollte die Unternehmen vielmehr in ihren Bemühungen, innovative Produkte und Verfahren zu entwickeln, unterstützen. Mehr Bürokratie und steigende Kosten sind kontraproduktiv. Dies gilt u.a. im Hinblick auf die Problematik exponentiell steigender Kosten bei der Erreichung des „Null-Emission“ sowie eines „Null-Schadstoff“-Ziels.
- ✓ Eine **verbesserte Energieeffizienz und neue Wege in der Energiepolitik**. Wir unterstützen das Ziel einer klimaverträglichen, sicheren und bezahlbaren Energieversorgung. Wirksame Impulse zur Kostenbegrenzung sind erforderlich. Ein ausgewogener Emissionshandel ist wichtiger Baustein für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Mitglieder.
- ✓ Kontinuierliche **Investitionen in den technologischen Fortschritt**. Wir wünschen uns eine technologieoffene Gesetzgebung, die relevante Vorhaben einem Innovations-Check unterzieht. Unsere Unternehmen investieren viel in Forschung und Entwicklung – eine steuerliche Forschungsförderung ist sinnvoll, um Vorhaben leichter auf den Weg zu bringen. Forschungsanreize sind zudem ausreichende Patentlaufzeiten und ergänzende Schutzzertifikate.
- ✓ Eine **qualitativ hochwertige und bezahlbare Gesundheitsversorgung**. Die Gesundheitsindustrie leistet einen überdurchschnittlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Hessens. Im Ländervergleich nimmt Hessen damit einen Spitzenplatz ein. Politische Entscheidungen, haben unmittelbare Konsequenzen für Investitionen und Arbeitsplätze. Die Initiative Gesundheitsindustrie Hessen, getragen von Landesregierung, Industrie, Wissenschaft und Gewerkschaft, trägt zu einer nachhaltigen Entwicklung dieses Sektors bei.
- ✓ Eine **fundierte und praxisbezogene MINT-Bildung** in unseren Schulen, um künftige Arbeitnehmer für den Arbeitsmarkt der Zukunft fit zu machen und Technologieoffenheit in der Bevölkerung zu vermitteln. Wir engagieren uns in vielfältigen Projekten für die naturwissenschaftliche Ausbildung. Auch digitale Bildung muss ein integraler Bestandteil des Curriculums werden.

Unsere Herausforderungen für 2021:

- ✓ **Bekämpfung der Pandemie**
- ✓ **Einen echten „#SustainableDeal“ gründen**

¹ Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (vorl. Zahlen 2019)

1. Wie bekämpfen wir die Pandemie? Warum ist die chemisch-pharmazeutische Industrie systemrelevant?

Die derzeitige gesundheitspolitische und wirtschaftliche Krise aufgrund der sich ausbreitenden Corona-Pandemie verdeutlicht umso mehr die herausragende Stellung unserer Branche. Gemeinsam mit anderen Industriezweigen stellen wir die Versorgung des Gesundheitssystem sicher.

Unsere Mitgliedsunternehmen produzieren versorgungsrelevante Arzneimittel, Impfstoffe und Medizinprodukte für Menschen, aber auch Haus- und Nutztiere.

Unsere Branche liefert

- Arzneimittel gegen leichte Kopfschmerzen bis hin zu individuellen Krebstherapien,
- Impfstoffe z.B. gegen Tetanus oder Hirnhautentzündungen durch Zeckenbisse
- Medizinprodukte von Verbandsmitteln über Diabetes-PENs bis hin zu hoch spezialisierten Diagnostikgeräten.

Viele weitere Beispiele zeugen von der gesamtgesellschaftlichen Relevanz unserer Branche: Chemiefasern finden sich in Desinfektionstüchern oder Atemschutzmasken wieder. Industriegase sind notwendiger Sauerstoff in Krankenhäusern. Kunststoffe helfen KassiererInnen, das Kontaktverbot an Kassen einzuhalten. Handseifen und Desinfektionsmittel dämmen die Übertragung von Infektionen ein. Verpackungsmaterialien sind essenzieller Bestandteil im Lebensmittelbereich.

Wir sind als Vorleistungs- und Zulieferbetriebe zudem auch wesentlicher Bestandteil von Lieferketten zahlreicher starker Industriezweige in Deutschland, Europa und der Welt. Damit sind unzählige Unternehmen auf einen reibungslosen Ablauf unserer Arbeit angewiesen. Hierzu zählen beispielsweise die Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitungsbranche, z.B. Molkereien und Schlachtunternehmen, die Abfallentsorgung, aber auch die Automobilindustrie, die Elektrotechnik oder die Baubranche.

Die chemisch-pharmazeutische Industrie muss daher als systemrelevant eingestuft werden, um die lebenswichtige Arbeit des Gesundheitssystem und die Existenz vieler weiterer Industriezweige sicherstellen zu können.

2. Echte Nachhaltigkeit – Warum der Green Deal ein „#SustainableDeal“ sein sollte

Die Strategie der EU-Kommission beschreibt, wie Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent werden soll. Neben weitreichenden klima- und energiepolitischen Zielen sind ambitionierte Maßnahmen geplant, vor allem in der Industrie- und Chemikalienpolitik, in der Kreislaufwirtschaft und zur Förderung der Biodiversität.

Der europäische Green Deal ist neben der Pandemie-Bekämpfung derzeit die größte Herausforderung für unsere Branche. Nicht nur weil die Strategie vorsieht die Wirtschaft grundlegend umzubauen, sondern weil dies auch in einer sehr hohen Geschwindigkeit erfolgen soll. Der gesunde Menschenverstand legt nahe, dass beides auf einmal nicht möglich ist. Insbesondere dann nicht, wenn ein starker hessischer Standort bestehen bleiben soll.

Wir sehen viele grundlegende Zielkonflikte bei den verschiedenen Initiativen. Beispiel: die Europäische Chemikalienstrategie - sie sagt vielen vermeintlich gefährlichen Stoffen den Kampf an. Leider bleibt unerwähnt, dass sich darunter auch Stoffe befinden, die unsere Zukunftsvisionen von Solarkraft oder auch emissionsfreiem Verkehr erst in die Tat umsetzen können. Kommt es nicht vielmehr auf das richtige Maß sowie den professionellen Umgang mit den Stoffen an? Hat hier die Politik alle drei Nachhaltigkeitsaspekte gleichwertig in Betracht gezogen?

Was ist unser Lösungsansatz?

Ja, die ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ist unumgänglich. Die chemisch-pharmazeutische Industrie unterstützt das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050. Wir haben genau deswegen einen Plan vorgelegt wie wir dieses Ziel bis 2050 erreichen können. Klimaschutz und zirkuläres Wirtschaften stehen ganz oben auf der Agenda. Ob Wasserstoffwirtschaft, chemisches Recycling, Elektromobilität oder digitale Gesundheitswirtschaft: Unsere Branche setzt auf innovative Verfahren und Technologien. Wir sind mit unseren innovativen Produkten stolze Wegbereiter für mehr Nachhaltigkeit. Und das soll auch so bleiben!

Aber: Fakt ist, dass der angestrebte Wandel nur mit einer starken, innovativen und wettbewerbsfähigen chemischen Industrie möglich ist. Soll der starke hessische Standort bestehen bleiben, muss umgedacht werden. Der bisherige „Green Deal“ sollte als Instrument zur Steigerung der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit verstanden und umgesetzt werden. Das bedeutet die Machbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen zu prüfen, die selbstgesteckten Ziele zu priorisieren und sich nicht vor Zielkonflikten zu scheuen.

Wir plädieren für einen „#SustainableDeal“, der die Balance schafft zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialem.

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie werden uns noch über Jahre begleiten. Deshalb gilt es Belastung aus dem „Green Deal“ zu vermeiden und die Wirtschaft industriepolitisch zu unterstützen. Denn nur eine starke Industrie kann Unterstützerin und Wegbereiterin für die ambitionierten Ziele sein!

Unsere Themen im Detail

Entlastung der Industrie bei Energiekosten

Die Hessische Landesregierung sollte im Bund auf eine Regelung einer alternativen Finanzierung der Förderung erneuerbarer Energien drängen. Neue Erneuerbare-Energien-Anlagen sollten nicht mehr über die EEG-Umlage, sondern durch den Bundeshaushalt und bestehende Anlagen weiterhin über den Umlagenmechanismus finanziert werden. So könnte die EEG-Umlage innerhalb von 20 Jahren auf null fallen. Auch die Netzentgelte werden zu einem immer größeren Kostenfaktor und sollten so geregelt werden, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht darunter leidet. Die Eigenstromproduktion zur Deckung des Energiebedarfes an unseren Standorten darf nicht durch eine Umlage verteuert werden.

Für die chemisch-pharmazeutische Industrie ist die Energieeffizienz ihrer Prozesse und Anlagen Grundvoraussetzung, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Viele Produktionsprozesse sind jedoch energieintensiv. Zur weiteren Optimierung und Steigerung der Effizienz führen die Unternehmen Energieaudits durch und beteiligen sich an Energieeffizienznetzwerken.

Emissionshandel als Instrument zum Klimaschutz

Die Chemie leistet ihren Beitrag zur Minderung von produktionsbedingten Treibhausgasen. Dabei spielen Benchmarks für Anlagen eine Rolle, die Referenzwerte für die Zuteilung kostenloser Zertifikate setzen. Selbst die effizientesten Anlagen müssen aber heute schon pauschale Abschläge bei der Zertifikatenumenge hinnehmen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten schaden der Wettbewerbsfähigkeit und es droht Carbon und Investment Leakage (Produktionsverlagerung in Regionen außerhalb der EU). Dies müssen wir verhindern – dafür ist neben bestimmten Regelungen zur kostenlosen Zuteilung von Emissionshandelszertifikaten auch eine ausreichende Strompreiskompensation nötig. Für die Chemieindustrie ist der EU-Emissionshandel das zentrale Instrument, um die Klimaschutzziele bei gleichzeitigem Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Zusätzliche nationale Maßnahmen müssen diese bereits auf europäischer Ebene bestehende Regulierung berücksichtigen – sonst sind sie kontraproduktiv. Dass der Emissionshandel wirkt, wird durch die aktuelle Bilanz der „AGORA Energiewende“ bestätigt, wonach das CO₂-Einsparungsziel der Bundesregierung in greifbare Nähe gerückt ist².

Umwelt

Die hessische Umweltpolitik bzw. -gesetzgebung wird maßgeblich durch EU-Vorgaben bestimmt. Insbesondere das Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt haben die Tendenz die EU-Richtlinien in der nationalen Umsetzung zu verschärfen. Dabei wird oft nicht berücksichtigt, dass der Energie- und Ressourcenverbrauch und somit auch die Kosten exponentiell ansteigen, je näher man sich dem Ziel „Null-Emission“ annähern will. Die Hessische Landesregierung sollte weiterhin diese Problematik im Auge behalten und sich – auch mit Blick auf die Kosten für die öffentlichen Haushalte – für praxistaugliche und finanzierbare Umweltgesetze in Brüssel und Berlin einsetzen.

Welche Konsequenzen hat die Umweltgesetzgebung für Industriestandorte und Anlagengenehmigungen?

Der VCI Hessen begleitet mit seinem Umweltausschuss und vier nachgeordneten Gremien die Umweltgesetzgebung der Landesregierung, bringt seine Expertise auch in Bundesratsverfahren ein und beteiligt sich aktiv an Initiativen der Landesregierung: dem Hessischen Bündnis für Nachhaltigkeit, dem Klimaschutzplan Hessen 2025, dem Bewirtschaftungs- und Maßnahmenplan 2021-2027 oder auch dem Dialogforum zu Spurenstoffen im Hessischen Ried. Die seit Gründung der Umweltallianz

² AGORA Jahresauswertung 2019

Hessen bestehende gute Kooperation mit den Fachreferaten des Hessischen Umweltministeriums und der Regierungspräsidien haben in Hessen zu sehr praxisnahen Umsetzungen von EU- und Bundesrecht geführt. Dennoch werden Genehmigungsverfahren durch neue Anforderungen, verschärfte Nachweisverfahren und Berichtspflichten immer umfangreicher, langwieriger und kostspieliger.

Wir fordern daher eine Umweltpolitik mit Augenmaß, die den Unternehmen keine existenzgefährdenden Auflagen und Kosten auferlegt. Zu häufig werden jedoch Zielkonflikte ignoriert.

Zwei Beispiele:

- die Novellierung der Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV): Hier sollen NO_x-Grenzwerte von Gaskraftwerken verschärft werden. Konsequenz: Der Gasturbinenbau würde erheblich verteuert oder beeinträchtigt. Gaskraftwerke sind jedoch die Basis dafür, dass der Kohleausstieg und die Energiewende überhaupt gelingen. Auch weil der Strombedarf im Zuge der Energie- und Klimawende bekanntermaßen in den nächsten Jahren wachsen wird. Aber: Wo soll der Strom herkommen und wer soll ihn bezahlen?
- die von der EU-Kommission vorgestellte Null-Schadstoff-Strategie und die angestrebte Neuauflage der EU-Chemikalienpolitik: sie birgt in ihrer jetzigen Version die Gefahr, dass sich die Zahl verfügbarer Chemikalien in Europa deutlich verringern und die immens gesteigerten Auflagen für die Verwendung der Übrigen steigt. Der komplette Lebenszyklus eines Stoffes sowie Anwendungsspezifika sollten für dessen Nachhaltigkeits-Bewertung ausschlaggebend sein, denn auch Wasser, Fructose oder Kochsalz können bei falscher Anwendung giftig sein. Die gut gemeinte Wachstumsstrategie könnte in einer erheblichen Stolperfalle für viele Betriebe enden.

Beitrag der Industrie zum Klimaschutz

Unternehmen reduzieren prozessbedingte Treibhausgasemissionen und helfen mit innovativen Produkten und Materialien Rohstoffe und Energien einzusparen. So wäre die Elektromobilität ohne neuartige leichte Lithiumionenbatterien nicht vorstellbar. Zusätzlich investiert die Branche Milliardenbeträge in die Erforschung neuer Materialien und energiesparender innovativer Verfahren. So wird zukünftig klimaneutral hergestellter Wasserstoff als Energieträger für zahlreiche Prozesse eingesetzt und zusammen mit CO₂ als Rohstoff für chemische Synthesen genutzt. Der Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur ist jedoch eine kostenintensive technische Herausforderung, die auch von der Gesellschaft akzeptiert und getragen werden muss. Der VCI unterstützt die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung und weitere Maßnahmen, die im Klimapaket der Bundesregierung verankert sind. Eine klimaneutrale Produktion ist in der Chemischen Industrie grundsätzlich möglich³, setzt aber die Verfügbarkeit von erheblichen CO₂-freien Strommengen voraus.

Die beiden erfolgreichen Initiativen Chemie³ und Responsible Care zeigen wie intensiv und vor allem innovativ unsere Branche an einer nachhaltigen Zukunft arbeitet. Das Programm Responsible Care besteht seit mittlerweile 30 Jahren und gibt mit elf Leitlinien zu wichtigen Themen wie Umweltschutz, Arbeitsschutz oder Dialog mit Nachbarn und Stakeholdern eine Richtschnur für verantwortungsbewusstes Handeln der Branche gegenüber Mensch und Umwelt. Seit mehr als einem Jahrzehnt werden zudem jährlich innovative Projekte aus unserer Mitgliedschaft ausgezeichnet. 2021 steht der Wettbewerb im Zeichen der Branchenbeiträge zum Klimaschutz.

Chemie³ ist eine Initiative, die der VCI gemeinsam mit den Sozialpartnern IG BCE und dem BAVC 2013 gegründet hat. Nachhaltigkeit wird dabei als ein ausbalanciertes Dreieck aus Ökonomie, Ökologie und Soziales verstanden. Mit Hilfe von messbaren Indikatoren soll in den nächsten Jahren der Fortschritt in der Branche sichtbar gemacht werden.

³ Studie „Roadmap Chemie 2050 – Auf dem Weg zu einer treibhausgasneutralen chemischen Industrie in Deutschland“ von DECHEMA und FutureCamp

Innovation

Innovation ist der Grundstein unseres wirtschaftlichen Wohlstands. Die Politik sollte daher einen „Innovations-Check“ als notwendigen Baustein in die Gesetzesfolgenabschätzung integrieren, um innovationsfeindliche Regulierungen zu erkennen und zu verhindern. Ideologische Stoff- und Technologieverbote müssen unterbunden werden.

Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung

Die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland gehört zur Weltspitze bei Innovationen. Nach den USA, China und Japan belegt Deutschland Platz 4 bei den Ausgaben der Branche für Forschung und Entwicklung (FuE). Länder, die am meisten in ihre Innovationskraft investieren, gehören häufig auch wirtschaftlich zu den erfolgreichsten. Ein wichtiges Instrument für mehr Innovationen ist die steuerliche Forschungsförderung für alle forschenden Unternehmen – größenunabhängig. Nur mit einer Forschungsförderung könnten die Forschungsaktivitäten der Wirtschaft substantiell gesteigert und dadurch ein Beitrag zur Erreichung des 3,5 %-Ziels aus dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene geleistet werden. Ob hessisches Eigengewächs, Tochterkonzern oder Standort eines internationalen Unternehmens in Hessen - eine steuerliche Forschungsförderung trägt wesentlich zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Standortes für Forschungsinvestitionen und einem Beschäftigungsaufbau mit qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen bei. Auch der Mittelstand profitiert, z.B. als Unterauftragnehmer. Das am 1. Januar 2020 in Kraft getretene Gesetz zur steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (Forschungszulagengesetz - FZuLG) geht in die richtige Richtung. Wir setzen uns nachdrücklich für eine praxistaugliche Umsetzung für unsere Unternehmen ein, die den politischen Willen nicht durch überbordende Bürokratie konterkariert.

Offenheit gegenüber neuen Technologien

Ein technologiefreundliches Umfeld ermöglicht es, die Wertschöpfung in Deutschland zu erhalten und zu erweitern. So eröffnen sich mit Genome Editing neue Möglichkeiten in Forschung und Entwicklung von Arzneimitteln, Pflanzensorten oder Produktionsverfahren. Einzelne DNA-Bausteine lassen sich so präzise wie noch nie bearbeiten. Wir bedauern, dass das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 25. Juli 2018 die neue Technologie pauschal als Gentechnik einstuft. Eine ergebnisoffene gesellschaftliche Debatte wird damit erschwert.

Digitalisierung – Wettbewerbsfähigkeit erhalten

Um die Zukunft mitgestalten zu können, muss der flächendeckende Ausbau der Breitbandnetze als nationale Aufgabe begriffen und mit ausreichend Bundesmitteln vorangetrieben werden. Das Digitalministerium in Hessen werden wir bei dieser wichtigen Koordinierungsaufgabe unterstützen. (Digitale) Innovationen brauchen ein stabiles Hochleistungsinternet – und zwar überall in Hessen. Eine leistungsfähige und zuverlässige digitale Infrastruktur ist auch Voraussetzung für alle Elemente des Internets der Dinge. Beratungsangebote für KMU, insbesondere zur Cybersicherheit sollten ausgebaut werden. Behörden sollten ihre E-Government-Angebote erweitern, um den bürokratischen Aufwand besonders für KMU zu verringern. Digitale Lösungen auch in der Gesundheitsversorgung gewinnen immer mehr an Bedeutung – eine E-Health Strategie kann hier anknüpfen.

Forschungsanreize durch gesicherte Schutzrechte

Unsere Mitgliedsunternehmen investieren viel in Forschung. Essenzielle Rahmenbedingungen für erfolgreiche Pharma-Forschung sind die Sicherung des geistigen Eigentums durch angemessene Patentlaufzeiten, die Möglichkeit zur Nutzung von ergänzenden Schutzzertifikaten und der Unterlagenschutz. Lange Entwicklungsprozesse führen dazu, dass bei Markteintritt bereits viele Jahre des 20-jährigen Patentschutzes abgelaufen sind. Ergänzende Schutzzertifikate können Herstellern derzeit eine Verlängerung der Patentlaufzeit um maximal fünf Jahre sichern. Auch der Unterlagenschutz ist wichtig, damit die für die Zulassung eines Medikaments eingereichten Unterlagen nicht von anderen Firmen bei Zulassungsanträgen für deren Generika umgehend mitgenutzt werden können.

Gesundheitspolitik

Ökonomische Bedeutung der Gesundheitsindustrie in Hessen

Hessen ist ein bedeutender Standort für die Pharma- und Medizinprodukteindustrie. Knapp 96.000 ArbeitnehmerInnen sorgen dafür, dass 4,2 Prozent der gesamten Wirtschaftskraft in Hessen durch die industrielle Gesundheitswirtschaft generiert werden – das bedeutet Platz 1 im Ländervergleich. Auch hinsichtlich des Erwerbstätigenanteils rangiert Hessen mit Platz zwei weiterhin auf einer Spitzenposition. Für Forschung und Entwicklung gibt die hessische Gesundheitswirtschaft fünfmal mehr aus als der Durchschnitt der Unternehmen. Das ist auch im Bundesvergleich überdurchschnittlich. Sie exportiert Waren im Wert von 12,5 Milliarden Euro jährlich (11 Prozent an allen hessischen Exporten) Die Gesundheitsindustrie ist ein Garant für Wachstum und Beschäftigung und stark mit der hessischen Gesamtwirtschaft verflochten: Für jeden Euro direkter Bruttowertschöpfung entstehen weitere 76 Cent Wertschöpfung in der Gesamtwirtschaft. Gesundheitspolitische Gesetzgebung hat nicht nur Auswirkungen auf die Arzneimittelversorgung bundesweit, sondern beeinflusst zudem unmittelbar Investitionsentscheidungen an den Standorten in Deutschland.

Versorgungs- und Qualitätssicherung

Hohe Qualität und stetige Verfügbarkeit von Arzneimitteln und Medizinprodukten sichern die Versorgung der Bevölkerung. Die Corona-Pandemie wirft ein Schlaglicht darauf, wie sensibel globale Lieferketten auf Krisen reagieren. Schon seit Jahren deuteten wiederkehrende Lieferengpässe in der Gesundheitsversorgung auf Fehlentwicklungen hin. Der Versorgungssicherheit ist Vorfahrt vor der Erschließung letzter Wirtschaftlichkeitsreserven einzuräumen und höherer Produktionskosten in der Europäischen Union bei der Definition von Wirtschaftlichkeitsreserven sind anzuerkennen. . . Gesetzgeberische Maßnahmen müssen vor diesem Hintergrund erneut analysiert und auf Sinnhaftigkeit und Zielführung bewertet werden.

Schutz geistigen Eigentums/ Datennutzung in der industriellen Forschung

Für die Zukunft ist die Weiterentwicklung des digitalen Versorgungsgesetzes insofern notwendig, als Daten zum Nutzen von Menschen und Therapien auch im Rahmen der industriellen Forschung zur Verfügung stehen sollten.

Es bedarf einer größeren Forschungsfreundlichkeit und einer größeren Technologieoffenheit, um Innovationen zu ermöglichen. Hier besteht Kommunikationsbedarf: Neue Technologien müssen erklärt werden. Aktuelles Beispiel: Mithilfe gentechnischer Verfahren konnte die Entwicklung der Impfstoffe und nun auch deren Anpassung an die Mutanten in kurzer Zeit möglich gemacht werden.

Patentrechtliche Rahmenbedingungen und der Schutz geistigen Eigentums sind ein wesentlicher Standortfaktor für die Gesundheitsindustrie. Die Pandemie hat gezeigt, dass der Schutz geistigen Eigentums die Erforschung und Produktion von Impfstoffen fördert und nicht behindert.

Initiative Gesundheitsindustrie Hessen

Pharmadialoge zwischen Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft auf Ebene der Länder beschäftigen sich mit den Chancen und Herausforderungen des hiesigen Pharmastandortes. Gesundheitssystem und Gesundheitswirtschaft gehören zu den Stärken Deutschlands: Hier verbindet sich hohes Therapieniveau mit gesellschaftlichem und volkswirtschaftlichem Nutzen. Deshalb ist es wichtig und richtig, dass alle Beteiligten gemeinsam Strategien entwickeln, wie diese Verbindung auch morgen noch funktionieren kann.

Auf Landesebene arbeitet die Hessische Landesregierung in der Initiative Gesundheitsindustrie Hessen mit Unternehmen der Gesundheitsindustrie, Vertretern aus Wissenschaft und Forschung der hessischen Universitäten und Hochschulen sowie dem Landesbezirk Hessen-Thüringen der Industriergewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) zu den Themenbereichen „Gesundheit und Versorgung“, „Wirtschaft und Beschäftigung“ sowie „Wissenschaft und Forschung“ zusammen. Es zeigt sich:

Gesundheitspolitik ist nicht nur ein sozialpolitisches, sondern auch ein industrie- und damit wirtschaftspolitisches Feld. Die Initiative trägt zu einer nachhaltigen Entwicklung dieses starken hessischen Wirtschaftssektors bei.

Bildung

Unsere Gesellschaft ist auf technologischen Fortschritt und innovative Konzepte angewiesen. Gute Bildung ist die Voraussetzung hierfür, insbesondere in Schlüsselfächern wie den Naturwissenschaften. Damit legen wir die Basis für gesellschaftliche Akzeptanz von Innovationen und kreieren eine Innovationskultur, die Fortschrittsdenken befördert.

MINT-Förderung stärken – Kooperationen fördern

Als hochinnovative Branche, die auf gut ausgebildete Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und Facharbeiter angewiesen ist, legen wir besonderen Wert auf eine fundierte und praxisnahe Ausbildung in den MINT-Fächern. Bereits in der Grundschule sollten naturwissenschaftliche Fragestellungen aus der Lebenswelt der Kinder die Neugier fördern und Experimente – auch interdisziplinär - kontinuierlich entlang der Bildungskette verpflichtend angeboten werden. Die Ganztagschulbetreuung soll in diesem Sinne genutzt werden.

Kooperationen tragen dazu bei, dass SchülerInnen den für sie optimalen Weg ins Berufsleben finden. Zusätzlich kann Sponsoring durch externe Partner die Lehrkräfte unterstützen, bestehende Anforderungen an praxisbezogenen Unterricht erfüllen zu können (z. B. durch die Ausstattung von Fachräumen und Fortbildungen). Ein herausragendes Beispiel ist die Initiative „Schule 3.0“ vom Zentrum für Chemie in Bensheim. Neben der Förderung sehr guter Schüler durch Erfinderlabore im MINT-Bereich, wurden Unterrichtsmaterialien zu neuen Technologien von Lehrern für Lehrer entwickelt.

Bildungssystem auf digitalen Wandel ausrichten

Entscheidend für die Zukunftsfähigkeit der Industrie in Deutschland wird auch die Vermittlung von digitalen Kompetenzen bei künftigen Arbeitnehmern sein. Wir appellieren daher an die Hessische Landesregierung, die Möglichkeiten im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarung zum Digitalpakt offensiv zu nutzen, um unser Bildungssystem schneller und besser für den digitalen Wandel fit zu machen. Künftige und heutige Lehrergenerationen müssen befähigt werden, digitale Medien und Technologien didaktisch-methodisch sinnvoll anzuwenden und Anwendungswissen weiterzugeben. Ökonomische Grundkenntnisse und IT-bezogene Basisqualifikationen ("digitale Bildung") sollten zum Bildungsauftrag jeder Schule gehören. Ein aktuelles Kooperationsprojekt stellt die Lernortkooperation von Berufsschullehrern und Ausbildern in den Fokus, die über drei Jahre gemeinschaftlich digitale Lehr-/Lern-tools am tatsächlichen Bedarf entwickeln werden.

Engagement der Branche für frühe naturwissenschaftliche Bildung

Der VCI Hessen sowie unsere Mitgliedsunternehmen engagieren sich seit Jahren mit vielfältigen Projekten im Bildungsbereich. Hinzu kommt das Angebot „Fortbildung mit Basis- und Aufbau-Chemie-kiste“. In Kooperation mit dem Kultusministerium wird die Fachtagung „Experimente³“ für Grundschullehrer alle zwei Jahre angeboten. Alle schulischen und außerschulischen Angebote finden zur Zeit online statt. Der Fonds der Chemischen Industrie stellt darüber hinaus auch Mittel zur Unterrichtsförderung bereit, durch deren Einsatz der experimentelle Chemieunterricht gestärkt wird.